

6.14 Lokal und global - Fluchtursachen bekämpfen

AntragstellerIn: Omid Nouripour (KV Frankfurt)

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Der Landesverband Hessen bringt folgende Resolution auf die nächste Bundesdelegiertenkonferenz
- 2 ein:
- 3 Lokal und global – Fluchtursachen bekämpfen
- 4 Weltweit sind zurzeit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht – mehr als die Hälfte davon
- 5 sind Kinder. Nur ein Bruchteil von ihnen kommt nach Deutschland. Die meisten suchen in Ländern
- 6 Zuflucht, die von unserem Wohlstand nur träumen können. Dennoch finden einige Ewiggestrige,
- 7 dass Deutschland nicht helfen sollte. Wir Grüne sind stolz, dass die BürgerInnen dieses Land
- 8 die Ankommenden willkommen heißen und zugleich den Nazis und RassistInnen klar zeigen, dass
- 9 ihre menschenfeindlichen Ideologien in Deutschland keinen Platz haben.
- 10 Trotz unseres Wohlstandes bedeutet die Aufnahme von vielen zehntausend Menschen für uns eine
- 11 große Herausforderung. Deswegen muss der Bund jetzt mit dem überwältigenden Engagement der
- 12 Menschen in diesem Land gleichziehen: Die Bundesregierung muss nachhaltige Strukturen schaffen;
- 13 innenpolitisch, aber auch außenpolitisch. Denn die neuen Ausmaße von Vertreibung und Flucht
- 14 zeigen, dass Innen- und Außenpolitik heute weniger denn je voneinander getrennt werden können.
- 15 ExpertInnen haben seit Jahren vor einer Verschärfung der Lage gewarnt. Anders als von der
- 16 Bundeskanzlerin behauptet, kam die Steigerung der Flüchtlingszahlen weltweit und in der EU
- 17 nicht überraschend. Und genauso wenig sollte es uns überraschen, wenn sich daran vorerst nichts
- 18 ändert. Menschen fliehen aus zerfallenden Staaten, vor Gewalt, Armut und den Auswirkungen des
- 19 Klimawandels. Diese Probleme lassen sich weder mit höheren Zäunen, noch mit Patrouillenbooten
- 20 lösen. Sie sind das Ergebnis vielschichtiger politischer Prozesse, die nur bedingt steuerbar
- 21 sind. Komplexe Konfliktlagen, wie in Jemen oder in Syrien lassen sich nicht kurzfristig
- 22 befrieden und die Folgen des Klimawandels werden nicht durch einen einzelnen Vertrag gestoppt
- 23 werden. Wer suggeriert, durch die Veränderung einiger weniger Parameter die Fluchtursachen rasch
- 24 abmildern oder gar beseitigen zu können, lügt sich in die eigene Tasche. Wir werden die offenen
- 25 Arme möglichst aller EuropäerInnen noch lange brauchen.
- 26 Die Verhältnisse zwingen die Menschen in die Flucht. An diesen Verhältnissen kann Deutschland
- 27 einiges ändern und die ihnen zu Grunde liegenden Probleme sind oft seit langem offenbar. Dazu
- 28 zählen die Abhängigkeit der Industrieländer von fossilen Brennstoffen und die verheerenden
- 29 Folgen des Klimawandels, die Fehler unserer Landwirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik
- 30 sowie unser Umgang mit autoritären Staaten und deren Aufrüstung durch Waffenexporte. Wir müssen
- 31 uns bewusst werden, dass die alltäglichen Entscheidungen von uns und der globalen
- 32 Mittelschicht, Entscheidungen über Ernährung, Bekleidung oder Transportmitteln, weitgreifende
- 33 Auswirkungen haben, die auch zu den Fluchtursachen beitragen. Wenn wir uns dessen bewusst
- 34 werden, können wir eine Welt gestalten, in der mehr Menschen in Frieden und Wohlstand leben und
- 35 die Achtung ihrer Menschenrechte gewährleistet ist.
- 36 Staaten stabilisieren, Menschenrechte stärken, anders wirtschaften
- 37 Menschen begeben sich nur dann auf die Flucht, wenn ihre Lebenssituation unerträglich wird.
- 38 Dazu tragen politische Repression, Korruption und die daraus entstehende politische und
- 39 wirtschaftliche Ungerechtigkeit erheblich bei. Deswegen brauchen wir eine langfristig geplante
- 40 und an der Einhaltung menschenrechtlicher Standards ausgerichtete Außen- und

41 Entwicklungspolitik. Bisher setzen EU und Bundesregierung im Angesicht von Krisen und
42 Umbruchsprozessen aber auf plakative und kurzfristige Politik. In Ägypten beispielsweise
43 unterstützen die Bundesregierung und viele andere europäische Staaten unter der Maßgabe der
44 Stabilität nach einem kurzen demokratischen Aufbruch das autoritäre Regime Al-Sisis, dessen
45 Politik radikalen IslamistInnen den Nachwuchs in die Arme treibt. In anderen Regionen fehlt es
46 an vernetztem außenpolitischen Denken und Handeln. Es ist zwar einerseits richtig, Äthiopien
47 bei seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen, auch wenn dort eine alles andere als
48 rechtsstaatlich agierende Regierung im Amt ist. Das aber darf andererseits nicht dazu führen,
49 dass man, wie die Bundesregierung, die Augen vor den Folgen der äthiopischen Regionalpolitik
50 verschließt. Denn diese liefert u.a. einen wichtigen Vorwand für die Repressionsmaschine in
51 Eritrea. Hier muss Deutschland konsequenter und engagierter handeln. Dazu gibt es bislang keine
52 Ansätze. Im Gegenteil, es liegen mittlerweile Afrika-Konzepte aus drei verschiedenen
53 Bundesministerien vor, die allesamt innovative Politikansätze vermissen lassen.

54 Aber auch unsere eigene Art zu wirtschaften hat einen direkten Einfluss auf die Fluchtursachen
55 vieler Menschen. Darüber müssen wir uns noch klarer werden und vor allem unser Konsumverhalten
56 ändern. Beispiele gibt es viele, aber eines zeigt das Problem doch sehr exemplarisch: Wenn wir
57 Hühnchen essen, für die in Brasilien Regenwald gerodet wurde um Genmais anzubauen, welcher in
58 der Großgeflügelabrik im Niedersachsen verfüttert wurde, damit wir eine dickgemästete
59 Hühnerbrust essen, während die Restteile des Tieres nach Westafrika exportiert werden, wo sie
60 billiger verkauft werden als lokal angebautes Fleisch und somit die Lebensgrundlage der Bauern
61 vor Ort zerstören, dann haben wir auch ganz konkret zu den Fluchtursachen beigetragen. Ganz zu
62 schweigen von den europäischen High-Tech-Trawlern, die ganze Küstenlinien leerfischen und damit
63 systematisch die Existenz der einheimischen Fischer zerstören.

64 Internationale Konfliktlösung vorantreiben

65 Die meisten Fliehenden aber werden von Kriegen in ihrer Heimat vertrieben. Seit dem Ende des
66 Zweiten Weltkrieges wurden auf internationaler Ebene verschiedenste Mechanismen entwickelt,
67 Kriege zu beenden oder gar nicht erst ausbrechen zu lassen. Die Vielzahl von Konflikten, vor
68 denen Menschen zurzeit flüchten, scheint dennoch unüberschaubar und kaum zu bewältigen. Das ist
69 aber kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken. Statt vermehrt in Koalitionen der Willigen zu
70 agieren und den Wiederaufbau von Staaten und Regionen zu vernachlässigen, sollte Deutschland
71 die internationalen Mechanismen zur Konfliktlösung wieder stärken. Dazu gehört die stärkere
72 Beteiligung an den Bemühungen der UN - auch der UN-Friedensmissionen - ebenso, wie der aktive
73 Einsatz für globale Abrüstungsinitiativen. Denn die UN sind nur so stark, wie ihre Mitglieder
74 es erlauben. Sie können ihrem Auftrag für den Frieden in der Welt nur gerecht werden – im
75 Jemen, in der Ukraine, oder in Syrien, wenn alle Mitglieder ihren Beitrag leisten. Deutschland
76 muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

77 Auch im Bereich der Krisenprävention gibt es noch Nachholbedarf. Wenn Konflikte gar nicht erst
78 eskalieren, werden Menschen nicht gezwungen zu fliehen. Der deutschen Außenpolitik aber fehlt
79 es an geeigneten Strukturen und dem politischen Willen, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und
80 präventiv zu agieren. Der Ressortkreis zivile Krisenprävention, der Aufbau vernetzter und
81 intelligenter Frühwarnsysteme und die zivile Reaktionsfähigkeit müssen gestärkt werden. Auch
82 das ist Fluchtursachenbekämpfung. Letztendlich ist auch ein langer Atem notwendig, um Staaten
83 nach Konflikten wieder aufzurichten. Das geht immer nur von innen, aber die Zivilgesellschaften
84 dieser Länder brauchen oft punktuelle Unterstützung, die manchmal Jahrzehnte dauern kann.

85 Klimaschutz aktiv vorantreiben, Folgen von Klimawandel abmildern

86 Die Klimakrise verstärkt viele der beschriebenen Probleme weltweit. Sie belastet unsere
87 ökonomischen, sozialen und politischen Systeme. Siedlungsräume und die Existenzgrundlage vieler
88 Menschen sind durch die schleichenden Folgen des Klimawandels und durch Extremwetterereignisse

89 akut bedroht. Insbesondere dort, wo die Situation ohnehin schon angespannt ist, führt die
90 Veränderung des Klimas zu einer Verschärfung von bestehenden Konflikten. Am stärksten trifft es
91 meist die ärmsten und fragilsten Regionen dieser Welt, die schon jetzt nur über schlechte
92 Instrumente der Konfliktregelung verfügen. Dennoch reagiert die Bundesregierung nur langsam und
93 viel zu zaghaft – was den Klimaschutz im eigenen Land angeht, genauso wie bei ihren
94 internationalen Ambitionen.

95 Unser Ziel muss es sein, den Klimawandel so gut es noch geht zu verlangsamen und seine Folgen
96 zu begrenzen. Dazu gehört eine Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad durch verbindliche
97 Reduktionsziele, die Etablierung von Straf- und Ausgleichszahlungen und ein völkerrechtlich
98 verbindliches Abkommen. Hierfür müssen wir uns auf internationaler Ebene stark machen.

99 Dennoch müssen wir den Klimawandel als Realität akzeptieren. Deshalb ist es unsere Aufgabe,
100 seine negativen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Effekte auf die Stabilität von
101 Staaten und Regionen abzumildern: Dafür braucht es verlässliche politische Institutionen
102 inklusive der notwendigen demokratischen Kontrolle und eine Zivilgesellschaft, die Transparenz,
103 öffentliche Diskussion und den Ausgleich zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen
104 Interessengruppen. Daher müssen wir mithelfen, derartige Institutionen und Mechanismen vor
105 allem international aufzubauen und zu stärken.

106 Rüstungsexporte stoppen

107 Die gegenwärtige Rüstungsexportpolitik Deutschlands und vieler europäischer Verbündeter trägt
108 aber auch ganz direkt zur Verschärfung von Konflikten bei. Besonders die jahrzehntlang
109 betriebene, verheerende Politik des Verkaufs von Lizenzen zur Kleinwaffenproduktion an
110 Drittstaaten hat millionenfaches Leid verursacht. Mittlerweile hat die Bundesregierung auch
111 offiziell eingeräumt, dass sie über den Verbleib dieser Waffen keinerlei Kontrolle hat. Viele
112 der blutigsten Konflikte der Welt werden mit Gewehren ausgetragen, die in Deutschland
113 entwickelt wurden. Trotzdem genehmigt die Bundesregierung noch immer den Export von
114 Zulieferteilen für deren Produktion.

115 Am deutlichsten wird die verheerende Rüstungsexportpolitik derzeit im Jemen. Mit Saudi-Arabien,
116 den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar führen dort drei Länder einen blutigen Krieg
117 gegen die Zivilbevölkerung, denen europäische Firmen Waffen im Milliardenumfang verkauft haben.
118 Europäische Kampfflugzeuge werfen die Bomben ab, die ein bitterarmes Land zerstören,
119 jahrzehntelange europäische Entwicklungszusammenarbeit zunichte machen, Menschen ins Elend
120 stürzen und ein einzigartiges Weltkulturerbe zu zerstören drohen. Auch vermeintlich harmlose
121 Rüstungsgüter wie Patrouillenboote, von denen Deutschland zahlreiche an Saudi-Arabien verkauft
122 hat, zeigen hier ihr verheerendes Potenzial: Sie überwachen die Seeblockade, die es verhindert,
123 dass Nahrungsmittel und Treibstoff die notleidende Bevölkerung erreichen.

124 Aufnahmeländer und Flüchtlingsorganisationen stärken

125 Die Vielzahl der Flüchtlinge kommt nicht nach Deutschland, sondern flieht innerhalb ihrer
126 Länder oder in Nachbarstaaten, in der Hoffnung bald in ihre Heimat zurückkehren zu können. Die
127 Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sind oft selbst fragil: Pakistan, Libanon,
128 Kenia, Äthiopien oder Jordanien. Wenn wir sie nicht langfristig unterstützen, drohen sich
129 bestehende Konfliktherde auszuweiten. Die Flüchtlinge würden erneut vertrieben und viele neue
130 Vertriebene kämen dazu.

131 Die bisherige Hilfe der internationalen Gemeinschaft und der Bundesregierung hat mit der
132 rasanten Entwicklung der humanitären Krisen nicht mithalten: meistens kommt zu wenig Hilfe
133 und sie kommt zu spät. In Jordanien beispielsweise leben über 80% der Flüchtlinge in Gemeinden
134 und nicht in Flüchtlingslagern. Auf eine Gemeinde mit zweihundert Einwohnern kommen dann nicht

135 selten noch einmal zweihundert Flüchtlinge. Das führt zwangsläufig immer wieder zu Spannungen.
136 Diese steigern sich, je länger die Flüchtlinge bleiben.

137 Bestehende Konzepte der Humanitären Hilfe sind auf die große Anzahl und lange Dauer der
138 Flüchtlingskrisen kaum eingestellt. Kurzfristige Projektfinanzierung und Notfallhilfe wird den
139 langfristigen Aufgaben nicht gerecht. Ein System, das auf eine Versorgung in Lagern
140 ausgerichtet ist, muss sich dringend anpassen, um die aufnehmenden Familien und Gemeinden zu
141 unterstützen. Das passiert leider viel zu langsam. Aber auch die etablierte Hilfe stößt immer
142 wieder an Grenzen. Das World Food Programm muss die schon minimalen Nahrungsmittelrationen
143 kürzen, weil ihnen die Finanzierung fehlt. Viel zu oft werden Schulen geschlossen, weil die
144 Hilfsorganisationen die Lehrer nicht mehr bezahlen können. Für eine notwendige psycho-soziale
145 Versorgung der Menschen ist fast nie Geld da. Deswegen ist es dringend notwendig, dass die
146 vielen engagierten Hilfsorganisationen, die sich vor Ort für die Menschen einsetzen,
147 zuverlässig finanziert werden. Vor allem aber fehlt es am Gehör für die aufnehmenden Staaten.
148 Wer helfen will, muss diese Länder nach ihren Bedürfnissen fragen und ihnen Austausch auf
149 gleicher Augenhöhe anbieten – und keine Almosen.

150 Perspektiven eröffnen – in den Heimatländern und in Deutschland

151 Ein Teil derer, die kommen, sind aber auch MigrantInnen und nicht auf der Suche nach Asyl. Sie
152 wollen in Deutschland arbeiten, als Saisonarbeiter, als PflegerInnen oder als Ärzte. Viel zu
153 häufig aber fallen sie durchs Raster, weil unser Land noch immer kein funktionierendes
154 Einwanderungssystem und –gesetz hat. Andere würden lieber in ihrer Heimat bleiben und dort
155 arbeiten, finden aber trotz guter Qualifikation keine Anstellung, weil die lokale Wirtschaft am
156 Boden liegt, auf Grund von Korruption, Vetternwirtschaft oder Rassismus. Diesen Menschen - ob
157 aus dem Westbalkan oder aus Subsahara-Afrikakommend – müssen wir Perspektiven eröffnen, in
158 ihrer Heimat und bei uns in Deutschland. Die Bundesregierung verweigert sich in beiden
159 Bereichen: bei der Erarbeitung legaler Einwanderungswege und bei der Entwicklung einer
160 ambitionierten und nachhaltigen Politik der EU in ihrer Nachbarschaft.

161 Demut und ein langer Atem

162 Die große Koalition ist angetreten, um international mehr Verantwortung zu übernehmen. Das ist
163 bei der derzeitigen Zuspitzung zahlreicher Konflikte dringend notwendig. Die wichtigste
164 Verantwortung ist diejenige mitzuhelfen, dass Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen.
165 Hierzu können wir in Deutschland sehr viel beitragen – lokal wie global. Das geht weder sofort,
166 noch wird es einfach werden. Viel mehr braucht es Demut vor der Größe der Aufgabe, den Willen
167 zur Veränderung und vor allem einen sehr langen Atem. Wir müssen unsere bisherige Politik einer
168 kritischen Bestandsaufnahme unterziehen und uns langfristig engagieren. Auch das ist ein Teil
169 unserer Verantwortung für die Welt.

Unterstützer*innen

GINAN OSMAN (KV Main-Taunus); KAI KLOSE (KV Rheingau-Taunus); JENNIFER BARTELT (KV Frankfurt);
DANIELA WAGNER (KV Darmstadt); TOM KOENIGS (KV Gießen); JÜRGEN FRÖMMRICH (KV Waldeck-
Frankenberg)